

# Laibacher Zeitung.

Nr. 282.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Wirt der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Donnerstag, 10. Dezember

Insertionsgehalt: Für kleine Inserate die zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 5 kr.

1874.

## Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. November d. J. dem Obmann der Bezirksvertretung zu Bozzena, Joseph Scholz, in Anerkennung seines opferwilligen Wirkens im Interesse des Volksschulwesens das Ritterkreuz des Franz Joseph Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

### Zur Budgetdebatte.

Ueber die Action des österreichischen Abgeordnetenhauses äußert sich der „P. Popo“ unterm 5. d. in nachstehendem Artikel: „Die Budgetdebatte nimmt einen sehr merkwürdigen Verlauf. Weder die liberale noch die staatsrechtliche Opposition hat bis jetzt ihre besten Kräfte ins Feld geführt und die Regierungspartei, die gedeckte Stellung des Ministeriums überblickend, kann auf die Theilnahme an den Verhandlungen fast ganz verzichten. Dennoch sind letztere weit davon entfernt, einen günstigen oder beruhigenden Eindruck zu machen. Wahrhaft erschreckende Bilder der ökonomischen Lage Oesterreichs rollen sich vor unseren Blicken auf. Das Bedürfnis nach Hilfe, nach Abwendung der Gefahren, welche die materielle Entwicklung des Reiches bedrohen, ist ein so dringendes und allseitiges, daß es von jenen selbst nicht mehr geleugnet werden kann, welche die wirtschaftlichen Katastrophen der jüngsten Zeit einfach in die Kategorie vorübergehender Absencalamitäten einzureihen bemüht waren. Aber allen diesen Gefahren steht man rathlos gegenüber. Nicht ein positiver und fruchtbarer Gedanke hat bis jetzt die Verhandlungen erhellt, nicht ein erfolgversprechender Vorschlag ist aus den ungehemmten Strömungen dieser Debatte emporgetaucht.

An sehr radicalen Auffassungen der Lage hat es allerdings nicht gefehlt. Insbesondere von clericaler Seite ist zur Rettung des Staates nichts geringeres als seine völlige Umkehr gefordert worden. Allerdings hat sich an den liberalen Institutionen. Wie gut es sich unter dem Krummstab wohnen lasse, bezeugt schon ein altes deutsches Sprichwort und der Krummstab war ein notwendiges Attribut auch des patriarchalischen Staates. Wie einfach ordneten sich damals alle Verhältnisse, welche väterlicher Geist — väterlich auch in seiner Strenge — beherrschte! Die Ideale des staatlichen Lebens liegen hinter uns, nicht vor uns. Denn der moderne Staat hat den Kampf aufgenommen, der die Weltgeschichte bewegt, den Kampf des Unglaubens gegen den Glauben, und nothwendig muß er alle lebendige Volkskraft für eine Aufgabe von solchen Dimensionen aufbieten und verschwenden.

Hierin liegt die Wurzel aller der Krisen, von welchen die europäischen Staaten übereinstimmend bewegt

werden. Man könnte nun allerdings mit einem Wort seine Erwiderung, daß in unserer ökonomischen Lage der Credit vielleicht erwünschter und ersprißlicher wäre als der Glaube. Aber es ist unzweifelhaft manches Wahre in den Bemerkungen enthalten, die der österreichische Abgeordnete Greuter in so drastischer Weise entwickelt hat. Es ist nicht zu leugnen: der moderne Staat stellt wahrhaft ungeheure Forderungen an seine Bürger. Er nimmt ihre Wehrkraft wie ihre materielle Leistungsfähigkeit gleich unerbittlich in Anspruch. Er zwingt sie zur Theilnahme an der Justiz, zur Uebung des unentlohnenden Ehrenamtes, nach zahlreichen Richtungen hin beschränkt er die Freiheit und Selbstständigkeit der Persönlichkeit. Der staatliche Zwang geleitet das Kind in die Schule, preßt dem Jüngling die Waffe in die Hand, entreißt dem Manne manche Frucht schwerer Arbeit, verfolgt den Greis bis zu seiner letzten Ruhestätte auf dem confessionslosen Friedhofe. Wer über die Tendenz des Staates klagt, alle Lebenserscheinungen in seinen Machtbereich zu ziehen, wer seine Omnipotenz, seine byzantinische Richtung, wie die Mallinckrodt und Reichensperger, die Windthorst und Schorlemer sagen würden, zu bekämpfen entschlossen ist, wird weder des Objectes für seine Angriffe, noch eines dankbaren Publicums zu entbehren haben.

Das Wahre an der Sache ist, der constitutionelle Staat ist nirgends in der Welt ein billiger Staat. Aber auch die absolutistischen Staaten haben aufgehört es zu sein. Das liegt in der Natur des vorwärtsschreitenden Lebens und der Entwicklung zahlreicher, fast ungekannter Interessen. Stellt der Staat erhöhte Anforderungen an den einzelnen, so werden umgekehrt erhöhte Anforderungen an den Staat gestellt. Die freireligiösen Tendenzen der modernen Bewegung der Geister kommen dabei nicht in Betracht. Die Sorge für Erziehung und Unterricht, für die Rechtspflege und den Schutz des einzelnen Bürgers, für die Vertheidigung nach außen und die Wahrung der politischen Interessen, die jetzt von dem Staate in Anspruch genommen wird, unterscheiden sich weit von den bescheidenen Zumuthungen, die einst an ihn gestellt wurden. Der Reconstruction des Staates auf der Basis der Greuter'schen Vorstellungen müßte vor allem der Verzicht auf die idealsten Güter unseres öffentlichen Lebens vorausgehen. Es wäre der Verzicht auf die mühsam erworbenen Errungenschaften der Kultur und ihrer civilisatorischen Früchte.

Indes hier handelt es sich um Phantasien, die den naturnothwendigen Gang der staatlichen Entwicklung nicht aufzuhalten vermögen. Zu der brennenden Frage des Augenblicks passen die Greuter'schen Ausführungen umsoweniger, als man gerade auf diesem Gebiete dem Staat weit weniger die unstatthafte Potenzierung seiner Macht und allzu gewaltsames Eingreifen in die Verhältnisse, als vielmehr die Lässigkeit und Indolenz, mit welcher er dem Fortschreiten der Krisis zusah, zum Vorwurfe zu machen geneigt ist. In der That hat jenseits

der Leitha das Prinzip des Zabelregierens dem Prinzip des Garnichtregierens etwas unvermittelt Platz gemacht. Das österreichische Ministerium vermag sich allerdings darauf zu berufen, daß auch die Volkvertretung den Aufgaben, die sich hier ergeben haben, nicht gewachsen ist. Allein das mag Herrn de Pretis persönlich zur Genugthuung gereichen, es verbessert in nichts die Lage des Staates. In Wahrheit beweist es auch nichts gegen die constitutionelle Staatsform. Denn wenn der Constitutionalismus auch nicht kräftig genug ist, Abhilfe zu schaffen, so weiß er doch wenigstens die Experimente hinauszuhalten, die unter gleichen Verhältnissen der Absolutismus dem Lande sicher nicht erspart hätte.

Nach dieser Seite wenigstens wird es dem österreichischen Reichsrathe wie gesagt nicht schwer sein, seine Schuldigkeit zu thun. Aber auch noch nach einer andern Richtung hin. Wenn in der gegenwärtigen Lage Verstand und Scharfsinn der Regierung und des Parlaments nicht ausreichen, dem Staate neue Hilfsquellen zu erschließen, mit productiven Mitteln und schöpferischen Ideen an ihn heranzutreten, so liegt ihnen um so gebieterischer die Erfüllung einer anderen Pflicht ob, der Pflicht strengster und gewissenhaftester Sparsamkeit. Glücklicherweise ist diesem Gedanken in den bisherigen Debatten so lebhafter und entschiedener Ausdruck gegeben worden, daß wir dem nichts hinzuzufügen haben. Sparsamkeit ist allerdings eine wesentlich negative Tugend. Es wäre thöricht, den Wohlstand eines ganzen Landes von ihr allein abhängig zu machen. Aber wie die Dinge jetzt liegen, ist sie eben die einzige Tugend, die geübt werden kann, und wir hoffen, daß das österreichische Abgeordnetenhaus trotz seiner großen ministeriellen Mehrheit sich in dieser moralischen Erkenntnis unerschütterlich erweisen und der Bevölkerung — wenigstens nach dieser Seite hin — die beruhigende Gewissheit verschaffen wird, daß ihre Interessen nicht schutzlos jeder Willkür und jedem Zufalle preisgegeben sind.“

## Reichsrath.

### 86. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 5. Dezember.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Sr. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auersperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr v. Saffer, Dr. Banhans, Dr. v. Stremaier, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter v. Chlumetzky, Freiherr v. Pretis, Oberst Horst und Dr. v. Biemalowski.

Der Herr Finanzminister legt einen Gesetzentwurf, betreffend die Lizenzgebühren für die Einfuhr ausländischer Tabaksorten, vor.

Die Budgetdebatte wird fortgesetzt. Ueber Antrag des Finanzausschusses werden die Petitionen,

## Seuilleton.

### Irrsinnig.\*

Roman von W. Heinrichs.

### Sechstes Kapitel.

(Fortsetzung.)

Nachdem Karoline ihren Platz am Tische eingenommen, was sie, wie Lord Geraldin, bemerkte mit sehr viel Anstand und Grazie that, entfernte sich der Doctor, indem er beiden Patienten guten Appetit wünschte. Karolines Blicke, welche bisher den Ausdruck verärgerten Mißbilligung angenommen hatten, trugen jetzt ihren natürlichen Charakter, den — sanfter Weiblichkeit und einer stillen, freundlichen Theilnahme. Sie verrichtete ihr Amt des Vorlesens mit großer Anmuth, und in ihrer Stimme, wenn sie ihn fragte, von welcher Schüssel er zu haben wünsche, lag ein besonderer Wohlklang.

Lord Geraldins Blick wollte überrascht auf ihrem blassen, intelligenten Antlitz. „Armes Kind,“ dachte er, welches Leid hat dich wohl deines Verstandes beraubt. Gewiß hat auch dir ein Verräther, der mit deiner Unwissenheit spielte, dein Herz gebrochen. Wir sind Leidengefährten, deren verrathene Gefühle zu einem und demselben Abgrunde führten. Mögest du bald gesunden,

wie ich, und mögest du, wie ich, jedes zärtliche Gefühl aus deinem Busen verbannen können.“ Mit regem Interesse folgte er jeder ihrer Bewegungen. Die kleine, feine Hand, die wohlgepflegten Nägel, die Ruhe, welche über die ganze Gestalt ausgegossen war, alles dieses mußte ihn an einer Wahnsinnigen überraschen, denn er erinnerte sich nur zu wohl, in welchem melancholischen Zustande er sich selbst befand, als ihm nach Monaten zum erstenmal wieder ein Strahl geistigen Lichts dämmerte. Die ganze Erscheinung in ihrer einfachen, bescheidenen Lieblichkeit war ihm ein Räthsel, er mußte wissen, ob sie zu denken fähig, ob sie sich ihres Zustandes bewußt sei. Er fragte daher mit einem freundlich auf sie gehefteten, prüfenden Blicke:

„Dr. Pritchard sagte mir, Sie seien auch seine Patientin. Sind Sie schon lange hier?“

Karoline antwortete mit leiser Stimme und mit einem scheuen Blicke in die Höhe, als ob sie fürchte, gehört zu werden; „Beinahe drei Jahre.“

„Drei Jahre schon?“ fragte der Fremde, und sehte halblaut hinzu: „Armes Kind! so jung, so schön und so unglücklich.“

Karoline hörte jedes Wort und bei der letzten Bemerkung trat ihr eine Thräne ins Auge. Hier war einmal ein menschliches Gefühl — dies überwandte sie, die seit drei Jahren nur unter Irren gewandelt. Hier fand sie Theilnahme bei einem Fremden, noch ehe er ihren Kummer kannte.

Lord Geraldin sah die Thräne, wie schnell sie auch dieselbe zu unterdrücken bemüht war. „Sie weint,“

sprach er halblaut zu sich selbst, ein sicheres Zeichen von Empfindungen, deren der Wahnsinn nicht fähig ist, sie ist wahrlich nicht unheilbar!“

„Armes Kind,“ fuhr er dann laut fort, und ergriff ihre Hand. „Haben Sie keine Eltern mehr?“

Karoline erbleichte im Orange des überwallenden Gefühls. Das Herz pochte ihr fast hörbar und sie konnte keinen Laut hervorbringen; sie schüttelte verneinend das Haupt, indem sie es von ihm abwandte, um eine neue Thräne zu verbergen.

„Ich bedauere,“ sagte er theilnehmend, „daß ich eine Saite berührte, die Sie schmerzt. Es ist das Unglück, das auch mir nicht fremd ist, welches meine innigste Theilnahme mit dem Ihrigen erweckt. Verzeihen Sie mir!“

Karoline hatte sich während seiner Rede zu fassen gesucht. Sie trocknete ihre Thränen. Dann wandte sie sich mit einem lächelnden Blick in den sanften, braunen Augen zu ihm und sagte: „O, bitte fahren Sie fort, Sie wissen nicht, wie wohl mir ihre mitleidvolle Stimme thut; ich habe lange keine ähnliche gehört, daher meine Rührung bei den ersten Ihrer Worte. Ich habe hier gelernt, Marter jeder Art, körperliche und geistige zu ertragen, ich konnte trockenen Auges zusehen, wie man meine Seele zu morden versuchte — aber die süße Stimme des Mitgefühls, so unbekannt in diesen Mauern, fand mich schwach und zitternd.“

„Diese Sprache“ — sagte Lord Geraldin aufs Höchste erstaunt, „diese Sprache — verzeihen Sie mir — ist nicht die einer Wahnsinnigen, einer Unheilbaren



betreffend die Regulierung einiger Straßen und jene der Mark, der Regierung zur eingehenden Würdigung abgetreten.

Kapitel 7: Ministerium für Landesvertheiligung 8.377,300 fl. Zu demselben bringt Abg. Dr. Heilsberg bezüglich der Einquartierung die Erlassung eines Gesetzes wegen gerechterer und gleicherer Vertheilung der Einquartierungskosten in Anregung, von der Regierung die Initiative erwartend.

Dr. Roser empfiehlt die Unterstützung armer Familien von Landwehrmännern während ihrer Einberufung.

Der Berichterstatter Dr. Groß erklärt, daß der Finanzausschuß die im vorigen Jahre beschlossene Resolution wegen eines Einquartierungsgesetzes nicht wiederholte, weil nach Mittheilung des Ministers die Unterhandlungen mit Ungarn noch nicht zum Abschlusse gediehen seien.

Minister Oberst Horst erklärt hierauf, daß die Unterhandlungen mit Ungarn bereits bei den Schlussberathungen angelangt seien und daß er im Monate Jänner nach Wiederzusammentritt des Reichsrathes das u. g. Gesetz einbringen werde. Die Ausführungen Dr. Rosers wird der Minister in einer der nächsten Sitzungen nach Einvernehmen mit dem Reichskriegsministerium beantworten. (Bravo!)

Kapitel 7 wird sammt seiner Bedeckung ohne weitere Debatte angenommen.

Die Berathung des Kapitels 8: Unterricht, wird vertagt, weil der Ausschuß noch über die Nachtragsforderungen zu berathen hat.

Es wird auf Kapitel 9: Finanzen, 72.189,000 Gulden, übergegangen.

Der Präsident theilt mit, daß vonseite der Regierung Ministerialrath v. Auerhammer anwesend sei. — Die Debatte wird eröffnet.

Abg. Fuz findet, daß bei den Finanzlandesdirectionen große Sparungen möglich seien. Die Oekonomatämer könnten ganz wegfallen, auch die Finanzprocuraturen lassen Ersparungen zu. Desgleichen bei der Finanzwache, die in einzelnen Ländern mehr kostet, als ihre Aufsicht dort einbringt.

Abg. Schönerer wünscht, gestützt auf die Gutachten der Landescommissionen, daß die Grundsteuercommissionen gerechter zusammengestellt werden, als es bisher geschah. So werden den Reclamationen der Steuerträger Böhmens weit mehr Rechnung getragen, als jenen von Niederösterreich. Die Grundsteuer-Regulierung dürfte bei solchen Verhältnissen nur sehr zweifelhafte, unbefriedigende Resultate liefern.

Specialberichterstatter Abg. Dumba spricht namens des Finanzausschusses den Wunsch aus, daß die Regierung besonders auf die endliche Erledigung der Grundsteuer-Regulierungsarbeiten dringe, die bis jetzt schon dem Staate nicht weniger als 13 Millionen kosten.

Finanzminister Freiherr v. Bretz: Eine Aushebung der Finanzlandesdirectionen sei wohl nicht thunlich, da dies die Einheit stören würde. Dagegen stimme er der Auflösung der Oekonomatä zu, weil er sich von deren Unnöthigkeit überzeugt hat. Die Finanzwache lasse sich nicht nach ihren Einnahmen regulieren, denn letztere dürfen bei Aufsichtsorganen nicht in vorderster Berücksichtigung gelangen. Bezüglich der Durchführung der Grundsteuer-Regulierung erklärt der Minister, daß die Ausführungen des Abg. Schönerer auf unrichtigen Mittheilungen beruhen dürften. Ihm sei davon nichts bekannt, im Gegentheil seien ihm befriedigende Mittheilungen zugekommen. Die Vorarbeiten seien so weit gediehen, daß die Centralcommissionen bereits im Jänner zusammentreten können.

Wenn sie also das nicht sind — und ich denke, ich verstehe mich darauf, — warum sind Sie hier?

„Hochwürdige Menschen halten mich hier gefangen, um sich meines Geldes zu bemächtigen,“ sagte Karoline. „O, wenn ich es nur wagen dürfte, Ihnen alle meine Leiden —“

„Entdecken Sie sich mir ohne Scheu,“ fiel er ihr in die Rede — „Ich bin jetzt bei voller Willenskraft. Rechnen Sie auf mein innigstes Mitgefühl, aber auch auf meinen festen Beistand. Vertrauen Sie mir.“

„O, ich vertraue Ihnen ohne Rückhalt, Mylord,“ rief Karoline, „selbst wenn Sie mir nicht helfen können, ist es schon eine Wohlthat für mich, zu hören, daß Sie mich nicht in eine Klasse mit den Irren stellen; denn ich fühle mich oft so elend, daß ich selbst an meinem Verstande zu zweifeln beginne. — Doch dort sehe ich den Doctor kommen,“ versetzte sie ängstlich, „er darf nicht ahnen, daß noch ein Funke göttlicher Vernunft in meinem Gehirn vorhanden. Er würde mir nicht mehr gestatten, mich Ihnen zu nähern.“

„Auf morgen denn,“ sagte Lord Geraldin. „Ich werde Ihrer Erscheinung mit wahrem Interesse entgegensehen.“

Karoline hatte noch eben Zeit, ihre feinen Züge in blöden Stumpfsinn umzuwandeln, den erregten, seelenvollen Blick mit den langen Augenlidern zu verschleiern, als der Doctor sich der Laube näherte und somit die Unterhaltung endete, welche, wie er bemerkte, seinen hohen Gast und Patienten recht ermuntert hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Hierauf wurden die Positionen des eigentlichen Staatsaufwandes mit 17.716,000 fl. und deren Bedeckung angenommen.

Sodann wird die Regierungsvorlage, betreffend das Anlehen der Stadt Lachau, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Kapitel 10: Allgemeine Cassenverwaltung, dann Kapitel 11: Directe Steuern 87.770,000 fl., werden angenommen.

Zu Kapitel 12: Zoll, 7.960,000 fl. Ausgaben und 21.326,600 fl. Einnahmen, bemerkt Abg. Neuwirth, daß während der letzten vier Jahre die österreichische Ausfuhr ein Deficit von 500 Millionen zu erleiden hatte. Der Ausschuß hat sich daher veranlaßt gesehen, der Regierung in einer Resolution eine Reform des Zollarifses und eine Revision der bestehenden Conventionaltarife anzupfehlen. Desgleichen wurde die Regierung aufgefordert, diese Vorlagen mit möglichster Beschleunigung zur gesetzlichen Behandlung einzubringen, da die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn bevorstehe.

Abg. Dr. Roser beantragt, die Regierung aufzufordern, zur leichteren Zollbehandlung den Nebenzollämtern größere Befugnisse zu ertheilen. — Wird unterstützt.

Abg. Teuschl knüpft an die vom Ausschusse beantragten Resolutionen an und empfiehlt der Regierung, bei der Reform des Zollarifses sich nicht zu sehr von Schutzollgeboten leiten zu lassen, denn eine Absperzung des Reiches vom Auslande würde nur von den verderblichsten Folgen für die heimische Industrie sein.

Der Berichterstatter Dr. Sarant erklärt, daß der Ausschuß, als er die Resolution beschloß, nicht von diesen Befürchtungen geleitet werden konnte, weil es ihm um keine Absperzung, aber auch nicht um das weitgehende Freihändlerprinzip zu thun war, das von noch größerem Schaden für die Industrie Oesterreichs wäre. (Bravo!)

Kap. 12 und die Resolution werden angenommen, der Antrag Rosers dem Budgetausschusse zugewiesen.

Kap. 13 Verzehrungssteuer, Erfordernis 4.730,200 fl., Bedeckung 59.900,000 fl.

Caron Hammer-Burgstall spricht gegen die Verzehrungssteuer auf Wein und Most und besonders gegen den der Landbevölkerung mißliebigen Modus, dieselbe durch Pächter einheben zu lassen, und eilt zum Beweise die zahlreichen Petitionen aus Steiermark, die er der Regierung zur eingehenden Würdigung empfiehlt.

Abg. Studel nimmt speciell auf Wien Rücksicht und beantragt, die Regierung aufzufordern, eine durchgreifende Revision der Verzehrungssteuer einzubringen, die Verzehrungssteuer bei den Linienämtern in allen größeren Städten zu beseitigen und die Steuer auf Brennmaterialien, die schon im Vorjahre aufgehoben wurde, sofort aufzulassen. Wird unterstützt.

Abg. Wolfrum vertheidigt dagegen den Ausschußantrag.

Der Finanzminister bemerkt, er glaube nicht, daß man ihm zum Vorwurfe machen könne, die Steuer-schraube stramm anzuziehen. Im Gegentheil sei er auf die möglichste Erleichterung bedacht. Allein er könne der Aufhebung der Verzehrungssteuer in Wien nicht zustimmen, da für deren bedeutenden Abgang auch ein Ersatz gefunden werden müßte, der nur in einer neuen Steuer läge, die ungerechterweise das ganze Land tragen müßte. Ueberdies glaubt der Minister, daß die Aufhebung der Steuer für den Einzelnen kaum fühlbar sein würde. Die Resolution um Revision der Verzehrungssteuer halte er sich gegenwärtig. Die Resolution Studels wird dem Budgetausschusse zugewiesen.

Kap. 13 wird vollinhaltlich angenommen.

Kap. 14 Salz, Erfordernis 3.610,700 fl., Einnahme 19.180,000 fl.

Abg. Fuchs tadelt die unzureichende Qualität des Viehfalzes und wünscht nicht nur die Verbesserung desselben, sondern auch eine Preisherabsetzung desselben.

Zu der vom Ausschusse gefaßten Resolution auf Ermäßigung der Salzpreise und Erzeugung eines billigen Viehfalzes nehmen Dr. Graf, Bärnsfeld und Neumayer Anlaß, um von der Regierung die endliche Beantwortung dieser schon im Vorjahre gefaßten und jetzt wiederholten Resolution zu verlangen.

Der Finanzminister erklärt, daß er bei der allgemeinen finanziellen Lage nicht im Stande sei, eine derartige Vorlage einzubringen.

Kap. 14 wird sammt der Bedeckung angenommen.

Kap. 15, Tabak. Erfordernis 24.238,700 fl., Einnahme 58.278,200 fl.

Abg. Dr. Heinrich macht auf den verminderten Cigarrenconsum aufmerksam, dessen Ursache er in der immer schlechter werdenden Qualität der Cigarren, in ihrer mangelhaften Erzeugung findet. Er beantragt eine Resolution, welche auf größere Sorgfalt in der Cigarren-fabrication abzielt. Wird unterstützt. Kap. 15 wird angenommen.

Kap. 16. Stempel. Erfordernis 300,000 fl., Einnahme 15.225,000 fl.

Abg. Fuz stellt bezüglich der vom Ausschusse gefaßten Resolution auf eine Gesetzesvorlage, betreffend die Herabminderung des Zeitungsstempels auf die Hälfte, den Antrag, derselbe sei ganz aufzuheben. Kap. 16 wird sammt der Resolution des Ausschusses angenommen;

dagegen der Fuzsche Antrag nach der Geschäftsordnung als nicht zulässig erklärt, weil es ein selbständiger Antrag über einen Gegenstand ist, der schon einmal in derselben Session abgelehnt wurde.

Kap. 17. Taxen und Gebühren von Rechtsgeschäften, Erfordernis 430,000 fl., Eingang 34 Millionen Gulden.

Abg. Dr. Heilsberg wünscht eine endliche Reform des Gebührengesetzes. (Bravo.) Kap. 17 wird angenommen.

Kap. 18. Lotto. Erfordernis 10.783,900 fl., Einnahmen 17.293,700 fl.

Abg. Roser möchte am liebsten die sofortige Aufhebung des Lotto verlangen, nachdem der Justizminister Dr. Glaser in seinem Strafgesetze selbst erklärt, daß derjenige strafbar, der aus dem Glücksspiele ein Gewerbetreibender macht. (Große Heiterkeit.) Kap. 18 wird angenommen.

Kap. 19. Mauthen. Erfordernis 262,500 fl., Ertrag 2.680,000 fl.

Hierzu spricht Dr. Kronawetter in ungeheurer langer Rede, während welcher ihn das Präsidium in Ansehung der späten Stunde zur Kürze mahnt, daß die Regierung die Gemeinden bei ihren gegenseitigen Vertragsabschlüssen nicht so „pressen“ solle.

## Die Botschaft Mac Mahons.

In der am 3. d. in Versailles stattgefundenen Sitzung der Nationalversammlung wurde die Botschaft des Präsidenten der Republik verlesen. Dieselbe lautet:

In dem Augenblicke, wo Sie die Arbeiten wieder aufnehmen, hat die Regierung die Pflicht, Ihnen die allgemeine Lage des Landes auseinanderzusetzen. Ich schulde Ihnen ebenfalls die letzte Rundgebung meiner eigenen Gesinnungen.

Ich habe mich bemüht, während Ihrer Abwesenheit die doppelte Mission der Befestigung des Friedens und der Aufrechterhaltung der Ordnung gewissenhaft zu erfüllen. Keinerlei innere Verwickelung hinderte das Reorganisationswerk, welchem wir uns gewidmet haben.

Meine Regierung verabsäumte keine Gelegenheit, um durch Wort und That den festen Entschluß zu betätigen, alle Verbindlichkeiten treu zu halten und alle Verträge streng zu achten.

Diese Politik, die Sie stets gebilligt und in welcher wir ausgeharrt haben, hat unsere Beziehungen zu den fremden Mächten mit jedem Tage vertrauensvoller gestaltet. Keine derselben zweifelt heute an unsern aufrichtigen Wünschen, mit allen Cabineten friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten.

Die Botschaft zeigt weiter die wirtschaftlichen Verbesserungen infolge der reichlichen Ernte ausdauernd, welche die industrielle Thätigkeit wieder herbeiführte. Die Ausfuhr im laufenden Jahre wird dieselbe Ziffer wie im Vorjahre erreichen. Der den öffentlichen Arbeiten gegebene Antriebs wird die Bemühung der nationalen Arbeit unterstützen.

Der Finanzminister wird Ihnen Maßnahmen unterbreiten, die bestimmt sind, Reformen in der Finanzverwaltung zu verwirklichen, die fiscalische Gesetzgebung zu vervollständigen und dem Schmutz zu beseitigen. Ein Specialbericht über die Finanzlage wird die Mittel angeben, um das vom Budget 1874 erübrigende Deficit zu decken.

In der Fortsetzung der Botschaft sagt Maréchal Mac-Mahon: Bei Befragung einiger Departements habe ich allenthalben mit der Ordnungsliebe und dem Bewußtsein nach Frieden und Sicherheit den Wunsch betätigt gefunden, daß die von Ihnen als unerlässlich erkannte Organisation der aus dem Gesetze vom 20. November hervorgegangenen Regierungsgewalt die Kraft verleihe, der sie zur Erfüllung der Mission bedarf, welche Sie ihr anvertraut haben. Das Land, unaufhörlich von verderblichen Doctrinen bewegt, verlangt von Ihnen, den Gang der Regierung zu sichern und durch weise Maßnahmen der Voraussicht das regelmäßige Functionieren der öffentlichen Gewalten zu gewährleisten.

Ich hoffe, daß über diese so ernstlichen Fragen, welche Sie demnächst in Angriff nehmen werden, ein Einvernehmen zwischen Ihnen erzielt werden wird. Ich werde in meinem Theile der Verantwortlichkeit nicht ablehnen und die Dazwischenkunft meiner Regierung wird dabei nicht fehlen.

Ich will Ihnen aber heute sagen, wie ich meine Pflichten inbezug auf die Nationalversammlung und das Land auffasse. Ich habe die Regierungsgewalt nicht übernommen, um den Bestrebungen irgend einer Partei zu dienen, und ich verfolge nichts anderes als das Werk der gesellschaftlichen Vertheidigung und der nationalen Wiederherstellung. Ich rufe, um mich bei Erfüllung dessen zu unterstützen, ohne irgend welche Ausschließlichkeit, alle Männer von gutem Willen und alle jene herbei, deren persönliche Neigung vor den Nothwendigkeiten der Gegenwart und vor der geheiligten Sache des Vaterlandes zurücktreten. Mein heißes Verlangen ist, daß mir der Beistand keines derselben fehle. Ich fordere ihn im Namen Frankreichs, dessen Heil und Größe ich allein im Auge habe. In allen Fällen jedoch wird mich nichts in der Erfüllung meiner Aufgabe entmuthigen.

Am 20. November 1873 haben Sie mir im Interesse des Friedens, der Ordnung und der öffentlichen



Sicherheit die Exekutivgewalt für sieben Jahre anvertraut; daselbe Interesse macht es mir zur Pflicht den Posten nicht zu verlassen, auf den Sie mich gestellt, und ihn bis zum letzten Tage mit unerschütterlicher Festigkeit und gewissenhafter Gefesamachtung einzunehmen.

## Politische Uebersicht.

Salzach, 9. Dezember.

In der am 6. d. in Pest abgehaltenen Konferenz der Deak-Partei wurde einstimmig beschlossen, die Indemnitätsvorlage unverändert anzunehmen. Finanzminister Ghyssy sprach die bestimmte Ueberzeugung aus, daß, wenn die Steuervorlagen angenommen werden, das Defizit binnen zwei Jahren gänzlich verschwinden wird. Der Finanzminister ersuchte ferner, die Partei möge den Antrag auf Corrigierung des Katasters ablehnen und den hierauf bezüglichen ausführlichen Gesetzentwurf acceptieren.

In der am 5. d. M. stattgefundenen Sitzung des deutschen Bundesrathes haben sich, wie die „Allg. Ztg.“ meldet, die Vertreter sämtlicher Regierungen für die Errichtung einer Reichsbank in Verbindung mit dem dem Reichstage vorgelegten Bankgesetzentwurf erklärt. Demnach wurden die bezüglichen Vorschläge Preußens wegen Errichtung einer Reichsbank den Ausschüssen zur Berichterstattung überwiesen; nach erfolgter Beschlußfassung des Bundesrathes sollen die Vorschläge der Bankgesetzkommission des Reichstages zur Berathung vorgelegt werden.

Die „Opinion“ spricht von der Aufhebung des deutschen Gesandtschaftspostens beim Papste und sagt: Diefelbe hat eine große politische Bedeutung und wird in der clericalen Partei-Bewegung hervortreten. Italien dürfte nicht gleichgültig gegen den Antrag Dimas sein und müßte in diesem Antrage einen Sieg des Civilisationsprinzips erblicken.

Die Nationalversammlung in Versailles beschäftigte sich in letzter Woche mit der Gesetzentwurf über die Freiheit des Unterrichtes. Bischof Dupanloup sprach gegen Challemeil-Lacour, welcher den Gesetzentwurf bekämpfte und die Ueberschneidungen der katholischen Kirche erwähnte. Dupanloup suchte nachzuweisen, daß die größte Gefahr zur Zeit in den bedenklichen Fortschritten des Materialismus und des Atheismus zu suchen sei und erklärte, daß Challemeil-Lacour sich bei seiner Interpretation des Syllabus im Irrthum befinde.

Die Linke beschloß, vor der Berathung der constitutionellen Gesetzentwürfe die Auflösung der Nationalversammlung nicht zu beantragen. Die Linke hat die Ablehnung der Gesetzentwürfe für gewiß und hofft, das linke Centrum werde in diesem Falle auch für die Auflösung stimmen. — Dem „Soleil“ zufolge wird die Nationalversammlung sich vom 19. Dezember bis zum 9. Jänner vertagen. — Die „France“ meldet, Deutschland wünste die Eröffnung von Unterhandlungen wegen Abschluß eines literarischen Eigenthumsvertrages zwischen Deutschland und Frankreich.

Die Einladungen zur Fortsetzung der brüsseler Konferenzen in Petersburg sind erfolgt; der Eröffnungstermin wird den Mächten später mitgeteilt werden.

In Fran erfuhr man günstige Nachrichten über die Vorbereitungen, die in Madrid zur Unterdrückung des Bürgerkrieges getroffen werden. 36.000 Mann der letzten Conscripten, die bisher nicht vollständig ausgehoben werden konnten, befinden sich jetzt, dem Vernehmen nach, auf dem Marsch nach der Exo-Linie, um von dort nach Santander und unter dem Oberbefehl des Marschalls Serrano nach San Sebastian geschickt zu werden.

## Frauen-Industrie.

Frau Emilie Bach hielt in der letzten Wochenversammlung des niederösterreichischen Gewerbevereines einen längeren Vortrag über den „Einfluß der Nähmaschine auf die Frauen-Industrie.“

Wir entnehmen dem diesfälligen Berichte der „Presse“ folgendes:

Nachdem die Nähmaschine in Thätigkeit gesetzt war, hieß es, sie nehme der Näherin das Brot vom Munde und benahm der fleißigen Hausfrau die langgehegte Ueberzeugung von der Güte und Nützlichkeit ihrer Leistungen auf dem Gebiete der Hausindustrie. Da erhob sich der Grimm beider gegen die Maschine und Berufsarbeiterinnen und Dilettantinnen agitierten eifrig gegen das neue Werkzeug. Doch alle Angriffe und Vorurtheile prallten an dem eisernen Körper der Maschine machtlos ab; unaufhaltsam eroberte sich diese beinahe das ganze Terrain der weiblichen Handarbeit. Erst jetzt wichen die Frauen der Uebermacht und verhielten sich abwartend. Allein im Stillen wurzelte noch viel von dem alten Vorurtheile.

Die Vortragende führt nun aus, wie ungerechtfertigt diese noch herrschenden Vorurtheile seien — so der Vorwurf der Unhaltbarkeit der Nähte, der groben Arbeit z. — und gelangt hierauf zur Untersuchung der Frage, ob die Maschine den Erwerb der Berufsarbeiterin schmälert und der Hausfrau die gewohnte Beschäftigung benommen habe. Wohl habe die Maschine den größten Theil der weiblichen Handarbeit an sich gerissen und die gleichartige Handarbeit entwerthet; aber trotz

des auf die Hälfte gesunkenen Arbeitslohnes verdiene sich die Maschinennäherin das doppelte des früheren Erwerbes. Selbstamerweise sei gerade durch den Einfluß der Maschine auch der Erwerb der Handnäherin auf das doppelte gestiegen infolge der gesteigerten Nachfrage nach Arbeitskräften für Reparaturen und Flickarbeit, wozu sich die Maschine wenig eignet. Auch die Furcht, daß durch die riesige Menge der Erzeugung bald eine Ueberproduction eintreten werde, habe sich als völlig grundlos erwiesen, denn je mehr der Preis der Handarbeit sank, umso höher steigerte sich der Bedarf. Durch die Nähmaschine habe die ganze Frauenindustrie den wesentlichsten Umschwung erfahren. Was vorhin nur leibende Hausindustrie gewesen, habe sich durch den Einfluß der Maschine zu den mannigfaltigsten Zweigen der Großindustrie entwickelt.

Die Vortragende erinnerte hierbei an die Wäsche-, Kleider- und Schuhfabrication und weist auf den veredelnden Einfluß der Maschine, auf Form und Schnitt dieser Artikel hin. Andererseits seien ganze Zweige der Bekleidungsindustrie in Frauenhände übergegangen, so die Fabrication von Mantills und Damen-Toilettestücken und unzählige andere Industriezweige durch die Maschine neugeschaffen oder beeinflusst worden. Für die Näherin war der leicht zu beschaffende Besitz einer Maschine Rettung und Erlösung aus drabender Noth und langsamer Verkümmern. Sie hat sie erlöst von mühsamer, geisttödtender Arbeit, sie materiell und moralisch gehoben und ist so zu einer Wohlthäterin der Menschheit geworden. Was bleibt nun aber der Frau übrig, die die Arbeit liebt um ihrer selbst willen, da ihr die Näh-, Strick-, Stick- und andere Maschinen die Arbeit abgenommen?

„Es ist traurig, wahrzunehmen“, führt die Vortragende fort, „wie eine Maschine die Leistungen der Frau nicht bloß quantitativ, sondern auch qualitativ überholt hat; es beweist dies, wie tief diese Leistungen gestanden und wie werth- und bedeutungslos sie gewesen sind; daß wir in trüger Stagnation auf dem ererbten Gebiete unserer Handarbeit immer mehr und mehr von der Kunstleistung eingebüßt hatten, die, wie einst in guter, alter Zeit, die Frauen ihrer Arbeit mittelst der Nadel zu geben verstanden. Ehemals schufen die Frauen mit Hilfe der Nadel wahre und echte Kunstwerke; ihre Arbeiten, für welche der jetzigen Zeit sogar der Maßstab der Beurtheilung fehlt, wurden beeinflusst von der großen Kunst, gefördert von Künstlern ersten Ranges.“

Die Vortragende gedenkt bei dieser Gelegenheit der Meßgewänder und Krönungsornate mit eingestrichen Bildwerken aus den Zeiten des Mittelalters und der Renaissance, der gestickten Wandtapeten der Niederländer, der Spitzenarbeiten Benedigs, Genuas und Frankreichs und fährt fort: „Mit dem Verfall der großen Kunst und mit der Entartung aller Kunstgewerbe im 18. Jahrhundert ist auch der künstlerische Werth der Nadelarbeit der Frauen geschwunden. Was wir im 19. Jahrhundert als Näh- oder Stickarbeit von unseren Müttern erlernen, stand und steht in keinerlei Zusammenhang mit der Kunst. Wie die Maschine die Berufsarbeiterin gezwungen hat, neue Bahnen zu gehen, so schenkt dieselbe Maschine auch die Dilettantin aus der behaglichen Ruhe auf und zwingt jene, die nicht gänzlich auf manuelle Thätigkeit verzichten wollen, neue Bahnen zu gehen und höhere Ziele zu verfolgen.“

Es steht uns noch immer ein weites Feld offen — das Feld der Kunstindustrie. Der Maschine, die als kühner Eindringling in das Gebiet der Frauenindustrie eintrat, verdanken wir die Erkenntnis, daß jener ererbte Boden, auf dem wir vorher unangefochten gehaust, ein steriler, unfruchtbarer, uncultivierter gewesen; wir verdanken ihr die zwangsweise Eröffnung fortschrittlicher Bahnen. Auf diesen müssen wir nunmehr vorwärts schreiten. Wir haben den Kampf gegen den Eindringling bereits ausgegeben, wir haben das Vorurtheil fallen sehen, hinter das wir uns verschanzt, und wir haben die Thätigkeit der Maschine acceptiert und Frieden gemacht. Nun sollten wir auch den letzten bezeichnenden Schritt noch thun, vor der anfänglich bekämpften Macht uns beugen und huldigend den großen Geist erkennen, der thatsächlich in der Maschine sich verkörpert — den fortschrittlichen Menschengesist.

## Tagesneuigkeiten.

(Prüfung des Kronprinzen.) Am Samstag den 5. d. fand in Gegenwart Sr. Majestät des Kaisers und mehrerer höherer Militärs die Prüfung Sr. k. k. Hoheit des durchlauchtigsten Erbprinzen Rudolph über Terrainlehre und Heeresorganisation statt, welche letztere sich über die Gliederung der Gesamtstreitkräfte, die Heeresergänzung, das Wehrgesetz in allen seinen Konsequenzen erstreckte. Die Prüfung währte zwei Stunden. Sr. Majestät, mit den umfangreichen Kenntnissen des durchl. Kronprinzen vollkommen zufriedengestellt, brückte dem Instructor, Landwehrobersten Wagner, seine volle Anerkennung aus.

(Aus Pensionopolis.) Aus dem Militärkalender „Janus“ ist zu ersehen, daß in Graz derzeit unter allen Städten der Monarchie die meisten pensionierten Militärs leben. Es wohnen in Graz gegenwärtig über 300 Stabsoffiziere in Pension, und zwar 5 Feldzeugmeister, 3 Generale der Cavallerie, 21 Feldmarschallleutnants; 27 Generale, 71 Oberste, 54 Oberstleutnants und 120 Majore.

(Sterbfälle in Graz.) FML. Paul Freiherr v. Gaen; Johann Hoffmann, l. l. Oberstleutnant im Ruhestande, im Alter von 80 Jahren; Werner Ulrich v. Alvensleben, Hans Rogez, l. l. Oberstleutnant im Ruhestande, und Anton Patwanz, l. l. Oberlandesgerichtsrath, im Alter von 69 Jahren.

(Strianer Bahn.) Das l. l. Handelsministerium hat auf Grund des Ergebnisses der am 24. September stattgefundenen politischen Begehung der Variante zwischen Profil 141 und 148 bei Breßnitz auf der Eisenbahnlinie Divazza-Pola den Bauconsens für diese Variante nach Maßgabe der Bestimmungen des betreffenden Commissionsprotokolls unterm 13. November d. J. ertheilt.

(Erdbeben.) Dem „Tiroler Boten“ wird aus Hall berichtet, daß daselbst am 3. Dezember 25 Minuten nach 1 Uhr nachts eine Erdschütterung von stoßartiger Wirkung gefühlt und gehört wurde. Die ersten zwei Stöße waren mit einer Detonation wie die einer fernern Pulverexplosion verbunden. Mehrere leichte Erdschütterungen folgten, von dumpfem Rollen begleitet, innerhalb zwei bis drei Secunden auf die ersten. In Häusern des Absemer Raths fielen infolge dieses Erdbebens Bilder von den Wänden und in der Pfarrkirche in Hall Kerzen von den Altarleuchtern. Auf den Nebengeleisen des dortigen Bahnhofes geriethen sogar dort stehende leere Waggonen in Bewegung.

(Prozeß Armin.) Die Gerichtsverhandlung im Prozeß Armin wird drei Tage dauern. Als Richter fungieren Vorsitzender Reich, als Beisitzer Offswald und Gierich. Der Staatsanwalt wird den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit stellen, die Richter werden über diesen Antrag zu berathen und zu entscheiden haben. Unter den Zeugen nennt man Feldmarschall v. Mantuffel. Graf Armin Besiaden wird als ziemlich gut bezeichnet.

## Locales.

### Krainischer Grundentlastungsfond.

Die hohe Wichtigkeit der Regelung der Verhältnisse des Grundentlastungsfondes und insbesondere der bezüglichen Beziehungen zwischen Staat und Land sind wiederholt sowohl von Seite der Regierung als auch von Vertretungen des Reiches und Landes anerkannt worden. Zur Klarstellung dieser Verhältnisse und Beziehungen erschien es dem Landesauschusse des Herzogthums Krain in ersprießlich, alle auf die Verhältnisse des krainischen Grundentlastungsfondes bezughabenden Verhandlungen zu sammeln und in einer 98 Druckseiten enthaltenden Broschüre der Öffentlichkeit zu übergeben. Diese Broschüre enthält folgende Schriftstücke:

1. Bericht der Reichs- und Finanzkommission im Landtage 1872 wegen gänzlicher Regelung der Geldverhältnisse des krainischen Grundentlastungsfondes zum Staate.
2. Entwurf Landtagsentwurf inbetreff definitiver Regelung der Verhältnisse des krainischen Grundentlastungsfondes zum Staate.
3. Regierungsentwurf eines Uebereinkommens zwischen dem l. l. Finanzministerium in Vertretung der Staatsverwaltung und der krainischen Landesvertretung inbetreff dieser Regelung.
4. Bericht des landtaglichen Finanzausschusses inbetreff dieser Regelung.
5. Zweiter Landtagsentwurf eines Uebereinkommens in derselben Angelegenheit.
6. Vergleichung dieser drei Uebereinkommensentwürfe.
7. Antrag inbetreff der Unverzinslichkeit der Staatsvorschüsse.
8. Antrag betreffend die Höhe der Grundentlastungsfondsumlagen zur indirecten Steuer.

Diesen Verhandlungen ist ein Anhang bezüglich der Grundsteuerüberblickung in Krain beigegeben, der nachstehend bezeichnete Actenstücke reproduciert:

1. Das Majestätsgebot der Städte Krains vom 9ten Mai 1844.
2. Einen Auszug aus dem stenographischen Berichte der 18. Landtagsitzung ex 1863.
3. Einen Auszug aus dem stenographischen Berichte der 40. Landtagsitzung ex 1863.

(Aus dem Vereinsleben.) Die Generalversammlung der salzbacher Italnica findet am 13. d. um 10<sup>1/2</sup> Uhr vormittags statt. Tagesordnung: Begrüßung, ansprache des Obmanns. 2. Bericht über die Thätigkeit des Vereines. 3. Bericht des Kassiers. 4. Anträge einzelner Mitglieder. 5. Wahl des Obmanns, Kassiers und der 15 Ausschüsse. — Am 8. d. abends arrangierte der katholische Verein zum Vortheile armer, krankenbedürftiger Kinder eine Tombola. — Der katholische Gesellenverein wählte an Stelle des verstorbenen Dr. Boncina den h. Herrn J. Suezda, Präsect im hiesigen Aloislanum, zu seinem Vorstande und den h. Herrn J. Fliß, Katechet bei den ehrl. Ursulinerinnen, zum Vorstandsstellvertreter. Die Vereinsmitglieder werden vom städt. Volksschullehrer Herrn M. o. c. i. l. im Rechnen und vom h. Vater Angelik im Gesang unterrichtet. Der Verein zählt 35 ordentliche und 10 Ehrenmitglieder. — Der Lehrjungengverein, dessen Mitglieder an Sonn- und Feiertagen in den Lokalitäten des Gesellenvereines unterrichtet werden, zählt 70 Mitglieder. — Der katholische Verein beabsichtigt am 6. d. 25 arme Mädchen und Knaben mit completen Winteranzügen. — Die Italnica in Wippach hält am 13. d. ihre Generalversammlung.



